

2.1 Die DDR im politischen und kollektiven Gedächtnis der Deutschen

»Gut sichtbar, über der Wasseroberfläche, bieten sich dem Blick des Betrachters die Narrative des staatlich privilegierten Diktaturgedächtnisses. Der größte Teil der ostdeutschen Erinnerung aber befindet sich im Dunkel, unter der Wasseroberfläche.«
(*Ahbe 2013, S. 49*)

»Manche Aufarbeiter verkünden sogar, je besser man Diktatur begreife, um so besser könne man Demokratie gestalten. Das hört sich etwas sehr stark nach Volkspädagogik an, ist auch so gemeint und wird merkwürdigerweise öffentlich kaum in Frage gestellt.«
(*Kowalczyk 2019, S. 207*)

Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer nach 28 Jahren und zehn Monaten ihres Bestehens, nur wenige Wochen nach dem 40. Geburtstag der DDR. Am 3. Oktober 1990 hörte die DDR auf zu existieren. Jahrzehnte später klaffen die Erinnerungen der Deutschen an die sozialistische Vergangenheit weit auseinander: »Die Gräben verlaufen dabei nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschen, Konservativen und Linken, Einheimischen und Migranten oder Zeitzeugen und Neugeborenen, sondern auch innerhalb dieser ›Lager‹.« (Meyen 2013, S. 11) Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk (2019) zieht eine beunruhigende Bilanz: Der DDR-Diskurs zerfällt in zwei Großgruppen. Während die eine Seite die DDR öffentlich mehr verteidigt, »als sie es untereinander am Biertisch wohl tatsächlich« tut, geißelt die andere »noch den Kindergartennachtopf als ideologische Umerziehungsmaßnahme« (S. 205). Im Folgenden werde ich systematisch erläutern, welche Akteure auf dem bundesdeutschen »Kampfplatz der Erinnerungen« (Sabrow 2009, S. 16) um die Deutungshoheit ringen, wo diese »historischen Parallelwelten« (ebd., S. 20) existieren und welche Inhalte sie füllen.

Zentrale Akteure und Ziele Eine Besonderheit der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit war von Anfang an ihre Institutionalisierung auf parlamentarischer Ebene (Wolfrum 2001, S. 135). Bereits am Tag der Wiedervereinigung wurde der Rostocker Pastor Joachim Gauck vom Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl zum ›Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes‹

ernannt. Nach dem Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) im Dezember 1991 wurde aus dem ›Sonderbeauftragten‹ der erste ›Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR‹ (BStU). In der Hochphase Mitte der 1990er Jahre beschäftigte die Behörde knapp 3.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und verursachte Kosten in Höhe von etwa drei Milliarden Euro (Kowalczyk 2019, S. 197). Über 111 Kilometer Schriftgut, knapp zwei Millionen Foto- und 23.000 Tondokumente – der ›Mammutauftrag‹ des BStU bestand vor allem darin, die Öffentlichkeit über die Organisation, Methoden und Arbeitsweisen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) aufzuklären und »die Herrschaftsmethoden und das Herrschaftswissen« der SED zu dokumentieren (Stasi-Unterlagen-Archiv, o.D.). Die Behörde sollte Bürgerinnen und Bürgern, Journalisten und Wissenschaftlern den Zugang zu Stasi-Akten ermöglichen, aber auch Abgeordnete und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes auf Stasi-Belastungen überprüfen. Seit dem 17. Juni 2021 ist das Stasi-Unterlagen-Archiv Teil des Bundesarchivs und gewährleistet weiterhin den Zugang zu den Unterlagen.

Die Tätigkeit des BStU wird sehr unterschiedlich bewertet: Während das Bundesarchiv die Behörde zum Vorbild und Symbol für die rechtsstaatliche Aufarbeitung von Diktaturen und ihren Folgen im osteuropäischen, aber auch arabischen, lateinamerikanischen und asiatischen Raum kürt, wirft ihr beispielsweise die Publizistin Daniela Dahn (2019) die »Delegitimierung der DDR« (S. 93) und die »Reproduktion von staatlich beabsichtigter Geschichtsschreibung« (S. 97) vor. Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk (2019) kritisiert zudem die Struktur der Behörde, die exemplarisch dafür stehe, wie die DDR-Aufarbeitungslandschaft aussah: »In den Leitungspositionen arbeiteten überwiegend Westdeutsche, je weiter unter in der Hierarchie, um so mehr Ostdeutsche waren zu verzeichnen.« (S. 198) Zwar standen die prominenten DDR-Bürgerrechtler und Oppositionelle Joachim Gauck (1990/1991–2000), Marianne Birthler (2000–2011) und Roland Jahn (2011–2021) an der Spitze der Behörde, doch wurden die Direktorenposten immer von Westdeutschen bekleidet (ebd., S. 196).

Die »Aufarbeitungswelle« (Kowalczyk 2019, S. 194) rollte immer weiter. Zwischen 1992 und 1998 installierte der Bundestag zwei *Enquete-Kommissionen* »zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Im Jahr 1998 wurde die *Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur* (Bundesstiftung Aufarbeitung) vom Deutschen Bundestag ins Leben gerufen. Wie der Name bereits erahnen lässt, hat die Stiftung den gesetzlichen Auftrag, die umfassende »Aufarbeitung von Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland und in der DDR zu leisten und zu unterstützen, die Erinnerung an das geschehene Unrecht und die Opfer wachzuhalten sowie den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft, die Demokratie und die innere Einheit Deutschlands zu fördern und zu festigen« (§ 2 (1) SEDDiktStiftG).

Neben dem Stasi-Unterlagen-Archiv und der Bundesstiftung Aufarbeitung beschäftigen sich zahlreiche weitere Einrichtungen auf Länder- und Bundesebene mit dem Erbe der DDR. Exemplarisch zu nennen sind hier die *Stiftung Haus der Geschichte* der Bundesrepublik Deutschland, die vier Museen umfasst: das Haus der Geschichte in Bonn, das Zeitgeschichtliche Forum in Leipzig sowie der Tränenpalast und das Museum in der Kulturbrauerei in Berlin. Darüber hinaus dienen wichtige Lernorte, *Forschungs- und Gedenkstätten* wie die Berliner Mauer, Berlin-Hohenschönhausen und die Normannenstraße dazu, Erinnerungen an die deutsche Teilung, politische Verfolgung und die Arbeit des MfS wachzuhalten.

Diese staatlich initiierte Vergangenheitsaufarbeitung ist explizit als politischer Akt zu begreifen: Sie strebt naturgemäß keine differenzierte, unvoreingenommene Analyse an, sondern verfolgt klare geschichtspolitische Interessen und Ziele (Kowalczuk 2019, S. 207). So sollte die bereits erwähnte Enquete-Kommission neben einer »politisch-moralische[n] Verurteilung der SED-Diktatur« auch »zur Festigung des demokratischen Selbstbewusstseins, des freiheitlichen Rechtsempfindens und des antitotalitären Konsenses in Deutschland beitragen und allen Tendenzen zur Verharmlosung und Rechtfertigung von Diktaturen entgegenwirken« (Die Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 1998, S. 11).

Die Macht- und Interessenstrukturen in der DDR-Aufarbeitung lassen sich an einem griffigen Beispiel auf dem Jahr 2006 verdeutlichen. Damals formulierte die von der Beauftragten für Kultur und Medien (BKM) berufene Expertenkommission unter Vorsitz des Historikers Martin Sabrow Empfehlungen und Leitlinien für die zukünftige Entwicklung der DDR-Aufarbeitung, die »durch eine Reihe von geschichtspolitischen und erinnerungskulturellen Defiziten gekennzeichnet« war (»Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes ›Aufarbeitung der SED-Diktatur‹ 2007, S. 20). Die Kommission kritisierte unter anderem die »Vorrangstellung der öffentlichen Dokumentation staatlicher Repression gegenüber derjenigen von Widerstand und Anpassung, Ideologie und Parteiherrschaft sowie den Alltag in der Diktatur« (ebd., S. 21) und sprach sich für eine »Perspektivenerweiterung« (ebd., S. 22) und »inhaltliche Pluralisierung« (ebd., S. 31) aus. Der Vorschlag, »der DDR-Gesellschaft und ihrer Lebenswelt einen breiteren Platz in der öffentlichen Erinnerung einzuräumen« (Sabrow 2009, S. 21), stieß in der Öffentlichkeit auf Kritik und stand im Verdacht, die politische Realität in der DDR verharmlosen zu wollen. Die ehemalige DDR-Leichtathletin Ines Geipel wertete die stärkere Berücksichtigung des Alltagslebens als »aufdringliche Homöopathisierung der ostdeutschen Diktaturgeschichte« (Geipel 2006). Aus Sicht der Kritikerinnen und Kritiker sei es unzulässig, dass »dem Alltag [...] in der kommunistischen Diktatur durch staatlich finanzierte Einrichtungen verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt [wird]« (Sabrow 2009, S. 21).

Kowalczuk (2019) kritisiert zudem eine Kluft zwischen den »(westdeutschen) Deutungs- und Erklärungseliten« und jenen »(ostdeutschen) Menschen, denen

sie mittels Medien, Wirtschaft und Politik die Vergangenheit deuten und erklären wollen« (S. 211). Dass die ›Aufarbeiter‹ aus den alten Bundesländern einen völlig anderen Sozialisationshintergrund haben, liegt auf der Hand. Aber auch Ostdeutsche aus der »Aufarbeitungstruppe« – Geflüchtete, Ausgebürgerte, Aktivistinnen und Aktivisten der Bürgerrechtsbewegungen und ehemalige Oppositionelle – haben grundsätzlich andere Biografien und Lebenserfahrungen »als die große Mehrheit der Gesellschaft, die sie mit ihrer Aufarbeitung aufklären [wollen]« (ebd.).

Wer im Diskurs als *legitime Sprecher* nicht (oder nur selten) vorkommt, sind die *ehemaligen DDR-Eliten*. Auch *einfache Menschen*, die weder Täter noch Opfer von Unrecht und Gewalt waren, die weder an der Partei- oder MfS-Spitze standen noch sich in der Opposition engagierten, deren Alltag also weitgehend staatsfrei und losgelöst von politischen Zwängen war, nehmen am medialen Diskurs kaum teil. Kurzum: Die ›Aufarbeiter‹ erzählen an der Mehrheit der Ostdeutschen vorbei. Der »staatsoffiziellen Erinnerungskultur« wird daher oft das Bedürfnis unterstellt, »die DDR pauschal zu verdammen« (Sabrow 2009, S. 21).

Inhalte und Deutungen Die zuvor skizzierte Akteurslandschaft hat Konsequenzen für Inhalte, Bilder und Deutungen, mit denen der DDR-Diskurs gefüllt wird. Einen Vorschlag zur Systematisierung der vielfältigen Erinnerungslandschaften lieferte Martin Sabrow (2009, S. 18–20). Er erkannte drei idealtypische Erinnerungsmuster bzw. *Gedächtnisse*, die sich in ihrer rückblickenden Bewertung der DDR sowie dem Platz, den sie dem ganz gewöhnlichen Alltag einräumen, unterscheiden: das *Diktaturgedächtnis*, das *Arrangementgedächtnis* und das *Fortschrittsgedächtnis*.

- Den öffentlichen Erinnerungsraum dominiert das *Diktaturgedächtnis*. Wie der Name bereits suggeriert, legt dieser Erinnerungsmodus den Fokus auf den Unterdrückungscharakter des kommunistischen Regimes und thematisiert seine Macht-, Überwachungs- und Repressionsmechanismen. Die diktaturzentrierte Erzählung erinnert insbesondere an das Leid der Regimeopfer (Mauertote, Verfolgte und Inhaftierte), würdigt die Opposition und den Widerstand und »pocht darauf, dass zum Verständnis der DDR die Stasi wichtiger sei als die Kinderkrippe« (Sabrow 2009, S. 18). Dieses Erinnerungsmuster baut eine simple Täter-Opfer-Dichotomie auf und etikettiert die DDR als *Stasi-Staat*, *Terrorregime* und *Mangelwirtschaft* (Ahbe 2005, S. 36). Was in dieser Erzählung kaum oder nur in verzerrter Form vorkommt, sind die Erfahrungen und Sinnvorstellungen jener Ostdeutschen, die weder Opponenten noch Opfer des DDR-Regimes waren (ebd., S. 65). An ihrem Ende steht die mutige Überwindung der Diktatur in der Friedlichen Revolution, auf die – scheinbar unausweichlich – die Wiedervereinigung kommt.

Betrachtet man diese »staatlich approbierte« (Sabrow 2009, S. 18) Erinnerung aus einer geschichtspolitischen Perspektive, wird deutlich: Sie steht im Dienst

einer selbstaufwertenden Erzählung westlicher Demokratie. Indem sie den *Unrechtsstaat DDR* als »negatives Kontrastbild vor der Folie rechtsstaatlicher Normen und Freiheitstraditionen« (ebd.) erscheinen lässt, schafft sie einen positiven Gegenwartsbezug, legitimiert die bestehende wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Ordnung und zementiert Machtverhältnisse (Lüdeker 2015, S. 67; Meyen 2013, S. 230).

Umfragen legen nahe, dass sich viele Ostdeutsche nicht mit der offiziellen Vergangenheitserzählung identifizieren können. Der Soziologe Thomas Ahbe (2013) beklagt eine beträchtliche Diskrepanz zwischen den Narrativen der Diktaturerinnerung einerseits und »den Statistiken zum Unrechts-Erlebnis oder zur Zufriedenheit mit dem eigenen Verhalten in der DDR andererseits« (S. 49). Auch in einer Studie zur DDR im kollektiven Gedächtnis der Deutschen, die eine Analyse der Medienberichterstattung mit Gruppendiskussionen kombiniert, kommt der Kommunikationswissenschaftler Michael Meyen (2013) zum Schluss, dass sich das von den Leitmedien gezeichnete DDR-Bild fundamental von dem Heimatbild unterscheidet, das Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im Kopf haben. Die ehemaligen DDR-Bürger beziehen sich in ihren Erinnerungen vor allem auf ihren ganz normalen Alltag und finden sich »in den Medienberichten über Unterdrückung und Revolution« (S. 231) kaum wieder.

- Die in der *Diktaturerinnerung* weitgehend ausgeblendete Alltagsdimension findet sich in einem unter den ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern populären Erinnerungsmuster, das Sabrow mit dem Begriff *Arrangementgedächtnis* beschreibt. Das Arrangementgedächtnis verknüpft individuelle Biografien und Lebenswelten mit dem Macht- und Herrschaftssystem und erzählt von »alltäglicher Selbstbehauptung unter widrigen Umständen« (Sabrow 2009, S. 19). Das Arrangementgedächtnis hat zwar viele Symbole und Bezugspunkte mit der Diktaturerinnerung gemein, lädt sie jedoch mit einer anderen Bedeutung auf: Es »fühlt sich vom Blauhemd der FDJ nicht allein an die Zurichtung durch die Parteimacht erinnert, sondern auch an die glückliche Zeit der eigenen Jugend, und vom Einkaufsbeutel nicht nur an den deprimierenden Mangel an Waren, sondern auch an den einstigen Wert der Dinge« (ebd.).
- Am Rande des öffentlichen Geschichtsdiskurses existiert das *Fortschrittsgedächtnis*, das insbesondere von den alten, entmachteten DDR-Eliten verkörpert und gepflegt wird. Dieses Erinnerungsmuster stellt die sozialen und kulturellen Ererungenschaften der DDR heraus und vertritt die Auffassung, dass die DDR trotz ihrer Fehler und Mängel ein lebenswertes und fortschrittliches Land war.

»[Das Fortschrittsgedächtnis] baut seine Erinnerungen auf der vermeintlichen moralischen und politischen Gleichrangigkeit der beiden deutschen Staaten auf, die zu friedlicher Koexistenz und gegenseitiger Anerkennung geführt hätten, wenn die Fehler der DDR-Führung, die Ungunst der Umstände oder

die Machinationen des Westens nicht zur [...] Niederlage des sozialistischen Zukunftsentwurfs geführt hätten.« (Sabrow 2009, S. 19)

Dieses Bild von einer »geordneten DDR-Welt, in der der Mensch keine Ware war und für die Gleichstellung der Frau gesorgt war« (Sabrow 2009, S. 19–20), bildet einen der Anknüpfungspunkte für diese Erinnerungslandschaft. Im Unterschied zum Diktaturgedächtnis, das »die Euphorie des Aufbruchs« (Sabrow 2019, S. 31) beschwört, begreift das Fortschrittsgedächtnis die *Wende* als eine »historische Niederlage [...], die folgerichtig in die ›Übernahme‹ durch den Bonner Staat mündete« (ebd., S. 27).

Das Gefühl, *übernommen* worden zu sein, führte in den 1990er Jahren zum Aufkommen des Phänomens der *Ostalgie*, mit der einige DDR-Bürgerinnen und -Bürger ihrem Heimatverlust begegneten. Wie der Historiker Stefan Wolle in einem MDR-Interview erläuterte, empfanden viele Menschen damals den Übergang des ehemaligen Ostens in das westliche System als »Einmarsch des Westens in die Ex-DDR« (MDR Zeitreise 2022). Die tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen, die mit der raschen Transformation einhergingen, wie etwa die Massenarbeitslosigkeit, der Bevölkerungsschwund und die Existenzängste, führten dazu, dass sich viele ehemalige Bürgerinnen und Bürger der DDR während der Wende- und Nachwendezeit ihrer Lebensleistung und ihrer Heimat beraubt fühlten. Wolle verknüpft dieses Gefühl der Ohnmacht in den 1990er Jahren mit einer nostalgischen Sehnsucht nach der DDR, was sich in einem Bedürfnis äußert, die »alte Heimat« zu beschönigen und zu romantisieren: »[J]e schlechter die eigenen Erfahrungen in dieser Zeit waren, desto schöner wurde die »gute alte DDR.« (Ebd.)

Im Herbst 2014 deutete sich im Diskurs ein neuer Wendepunkt an. Das Aufkommen der PEGIDA-Bewegung und die zunehmende Popularität der Partei Alternative für Deutschland (AfD) in den neuen Bundesländern sorgten bundesweit für Entsetzen. Rechtspopulismus wurde zum »Ostphänomen« (Schroeder 2015) erklärt, nicht nur weil der Osten anders wählte, sondern auch weil sich die AfD in ihren Wahlkämpfen der »Widerstandserzählung« bediente (Hartmann und Leistner 2019): Der Slogan »Wir sind das Volk«, der 1989 Grenzzäune niedergerissen hatte, sei zur »Grenzzäune errichtenden Parole des deutschen Rechtspopulismus [geworden]« (Sabrow 2019, S. 33). »Ist der Osten noch zu retten?«, fragte der *ZEIT*-Journalist Christian Bangel (2019) am 27. Mai 2019, dem Tag nach der Europawahl, als die AfD in allen ostdeutschen Bundesländern mindestens auf Platz zwei landete. Der Politikwissenschaftler Dieter Segert (2019) plädiert dafür, »in den Wahlergebnissen nicht allein verfestigte rassistische und antidemokratische Haltungen [zu erkennen], sondern ebenso den Protest gegen die Vernachlässigung ostdeutscher Erfahrungen« (S. 17). Probleme und biografische Brüche, die bisher »hinter der epocha-

len Kraft der Freiheitserzählung« (Sabrow 2019, S. 30) verblassten, traten somit in Erscheinung. Auch Martin Sabrow verbindet den Anstieg rechtspopulistischer Tendenzen mit der Art und Weise, wie in der Öffentlichkeit an das Ende der DDR erinnert wird:

»Mit dem Anwachsen des Rechtspopulismus findet in jüngster Zeit die Skepsis stärkeres Gehör, dass die auf die friedliche Revolution zulaufende Freiheitserzählung aus ostdeutscher Perspektive von doktrinärer Einseitigkeit ist. Die tief greifenden Umbrüche in der Erfahrungswelt der Ostdeutschen, die sich mit dem Sturz in die Einheit innerhalb kürzester Zeit ihrer gewohnten Ordnung beraubt und zur Neuorientierung in praktisch allen Lebensbereichen gezwungen sahen, lassen sich im Feierkalender der Diktaturüberwindung nicht abbilden.« (Sabrow 2019, S. 32)

Diese Tendenzen spiegeln sich auch im medialen Diskurs wider.

Erinnerungsorte und Medien des kulturellen Gedächtnisses Jahrzehnte nach ihrem Untergang lebt die DDR »in einer Flut von Bildern und Begriffen, Daten und Symbolen« fort (Sabrow 2009, S. 12). Das aus etwa 70.500 Glasfliesen zusammengesetzte Wandmosaik »Die Beziehung des Menschen zu Natur und Technik« schmückt den Moskauer Platz in Erfurt und repräsentiert das kulturelle Erbe der DDR. Auf dem Gelände des ehemaligen Untersuchungsgefängnisses des MfS in Berlin-Hohenschönhausen befindet sich eine Gedenkstätte, in der ehemalige Insassen Besucherinnen und Besucher über die Haftbedingungen und Verhörmethoden aufklären. In der sozialistischen Musterstadt Eisenhüttenstadt, die in den 1950er Jahren unter dem Namen StalinStadt nach sowjetischem Vorbild hochgezogen wurde, bewahrt das Museum »Utopie und Alltag« die Alltagskultur der DDR. Die Überreste der Berliner Mauer dokumentieren die Geschichte der Teilung und gehören längst zum Pflichtprogramm des Hauptstadt-Tourismus. Neben diesen und vielen weiteren Gedenk- und Lernorten prägen auch Print- und Online-Medien, Rundfunk und Fernsehen, Geschichtslehrbücher, (autobiografische) Romane, Theaterstücke sowie Spiel- und Dokumentarfilme die Erinnerungen an den sozialistischen Staat.

An verschiedenen *Orten* lassen sich unterschiedliche *Erinnerungsmodi* feststellen. Im Gegensatz zu idealtypischen Gedächtnissen nach Sabrow sind die realweltlichen Geschichtserzählungen komplexer und vielschichtiger. Eine eindeutige Zuordnung ist daher weder sinnvoll noch möglich, aber klare Tendenzen lassen sich dennoch erkennen.

Eine *diktaturzentrierte Erinnerung* bedienen vor allem Leitmedien sowie Medien, an denen der Staat direkt oder indirekt beteiligt ist. Dazu gehören Schulbücher, Materialien von der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) und parteinahen Stiftungen wie der Konrad-Adenauer-Stiftung, staatlich geförderte Museen sowie

die Mehrheit der Filme, deren Entstehung von öffentlich-rechtlichen Sendern und Filmfördergremien unterstützt wurde (exemplarisch Lüdeker 2015; Meyen 2013; Sabrow 2009). Wie das deutsche Kino die DDR darstellt, wurde beispielsweise vom Filmhistoriker Detlef Kannapin untersucht, der im Jahr 2009 zu einem ernüchternden Ergebnis kam:

»Keiner der Kinofilme zur DDR lässt Zweifel daran aufkommen, dass die DDR ein undemokratisches Regime war, das (nach westlichen Standards) vor allem die Freiheit unterdrückte und die individualistischen Entwicklungspotenziale ihrer Bürger einschränkte. Retrospektive ›Eigenbilder‹, die der DDR zumindest die Versuchsanordnung einer gesellschaftspolitischen Alternative zum Kapitalismus zubilligen, finden sich nur ganz vereinzelt in Subtexten, nebensächlichen Handlungskonstellationen oder in kaum wahrnehmbaren Bildarrangements.« (Kannapin 2009, S. 38)

Die entscheidende Rolle der Medien im Prozess der DDR-Aufarbeitung wird von Historikern vielfach betont. Kowalczuk (2019) kritisiert die Tendenz zur Skandalisierung, zu der die Medien von Beginn an neigten: »Stasi-Gemeinheiten und -Verbrechen ließen sich besser darstellen als die Alltäglichkeit der Diktatur, die ihre Brutalität oft erst in ihrer Subtilität offenbart.« (S. 195) Auch Wolfrum illustriert am Beispiel der Stasi, wie die Medien die geschichtspolitische Realität erschaffen können:

»Westdeutsche Medien waren so stark auf die skandalösen Praktiken des Überwachungs- und Spitzelsystems der Stasi fixiert, dass ein ostdeutscher Autor kommentierte: ›Der Einfluss der Stasi auf die DDR war nie größer als jetzt, da man sie los ist‹. Der Eindruck von ›alles Stasi‹ führte zu einer flächendeckenden Entwertung der ostdeutschen Erinnerung auf der einen Seite der ehemaligen Mauer und zu einem ›Sieger-Besiegten-Syndrom‹ auf der anderen.« (Wolfrum 2001, S. 136)

Das *Arrangementgedächtnis* wird hingegen in »Arenen des literarischen Erzählens« (Sabrow 2009, S. 20) und in privaten, alltagsgeschichtlichen Ausstellungen gepflegt, die von leidenschaftlichen Sammlerinnen und Sammlern betrieben werden, wie etwa »Die Welt der DDR« in Dresden oder das »DDR-Museum« in Dabel, Mecklenburg-Vorpommern. Besonders hervorzuheben sind auch privat betriebene Blogs und (meist geschlossene) Facebook-Gruppen, mit Namen wie »Heimaterinnerungen an die DDR«, »DDR-Alltagsbilder« und »Ostalgie«. Diese sind an der Schnittstelle zwischen dem kommunikativen und kulturellen Gedächtnis zu verorten und haben vor allem das Ziel, »die Einseitigkeiten und Lücken« (Ahbe 2005, S. 65) des hegemonialen DDR-Diskurses auszugleichen.

In den letzten Jahren hat das hegemoniale Erzählmuster zwar nicht grundsätzlich an Dominanz eingebüßt, jedoch seinen einstigen Glanz verloren (Sabrow 2019, S. 31). »Die Zeit ist vorbei, dass die DDR in den Medien und in der wissenschaftlichen

Rezeption aufs Negative reduziert wird«, meint Stefan Wolle, der wissenschaftliche Leiter des Berliner DDR-Museums, und verweist auf zahlreiche Reportagen und Dokumentationen, die gerade in letzter Zeit »den Alltag in der DDR fair und gerecht darstellen und nicht behaupten, dass es nur schreckliche Unterdrückung und eine Art Stasi-Gefängnis war« (MDR Zeitreise 2022). Diese Dynamik macht einmal wieder deutlich, dass der Diskurs als »Fluss von Wissen durch die Zeit« (Jäger und Jäger 2007, S. 15) zu begreifen ist.

2.2 Die Sowjetunion im politischen und kollektiven Gedächtnis der Russen

In den letzten Dezembertagen des Jahres 1991 überschlugen sich die Ereignisse. Am 25. Dezember trat Michail Gorbatschow, der letzte Staatspräsident, zurück. Nur einen Tag später, nach 69 Jahren scheinbar unerschütterlicher Existenz, wurde die Sowjetunion Geschichte. Eine weiß-blau-rote Trikolore ersetzte die rote Fahne mit Hammer und Sichel und wehte fortan über dem Dach des Kremls. Als einzige Ex-Sowjetrepublik gab die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) keine Unabhängigkeitserklärung ab und wurde zum internationalen Rechtsnachfolger der Sowjetunion erklärt. Doch nicht nur in rechtlichen, diplomatischen und wirtschaftlichen Verflechtungen schlägt sich das Erbe des Imperiums bis heute nieder, sondern es prägt auch Mentalitäten und Russlands geostrategische Machtansprüche.

Es hätte auch anders kommen können. Im Jahr 1985 trat Michail Gorbatschow das Amt des Generalsekretärs der Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) mit einem ehrgeizigen Reformprogramm an, dessen zentrale Schlagworte *Perestrojka* (Umgestaltung bzw. Umbau) und *Glasnost* (Offenheit) waren. Der Staatschef wollte den Weltmachtstatus der Sowjetunion sichern und ausbauen. Letztendlich jedoch ging er in das kollektive Gedächtnis der Russinnen und Russen als der Mann ein, »der die UdSSR zu Grabe getragen hat« (Bidder 2017, S. 16). Der *SPIEGEL*-Journalist Benjamin Bidder beschreibt den Abend des 25. Dezember 1991 wie folgt:

»Kein Jubel liegt über Moskaus Rotem Platz, als die Sowjetunion an jenem Abend ihren letzten Atemzug tut, kein Protest, nur nasskalte Winterluft und wenig Schnee. In Moskau regiert der Mangel. Fleisch ist in mehr als 350 Geschäften ausgegangen, melden die Zeitungen, Zucker wird rationiert. Die Frachtflugzeuge, die sonst Nachschub in die Hauptstadt bringen, bleiben am Boden, es fehlt Kerosin.« (Bidder 2017, S. 13)

Anders als die Aufnahmen der deutschen Wendezeiteuphorie, gingen diese Bilder des Zerfalls weder um die Welt noch prägten sie sich im kollektiven Gedächtnis ein.